

Vermögen richtig einsetzen. Armut effektiv bekämpfen. Soziale Infrastruktur stärken.

Vor 165 Jahren formulierte Karl Marx, dass doch etwas faul im Innersten eines Gesellschaftssystems sein müsse, das seinen Reichtum vermehre, ohne sein Elend zu verringern¹. Mit der Einführung der sozialen Marktwirtschaft und den Folgen des Wirtschaftswunders in der Bundesrepublik Deutschland sah es viele Jahrzehnte lang so aus, als könnte der Reichtum tatsächlich genutzt werden, um Armut und Elend deutlich zu reduzieren.

Doch globale und demografische Entwicklungen, aber auch mangelnder Gestaltungswille in der Landes- und Bundespolitik, haben dazu geführt, dem aktuellen Sozialsystem die Grenzen aufzuzeigen. So stieg allein die Armutsgefährdungsquote zwischen 2005 und 2022 in Deutschland um zwei Prozentpunkte². 14,2 Millionen Menschen galten 2022 in einer der stärksten Volkswirtschaften der Welt als arm³. Folglich mussten fast 17 Prozent der deutschen Bevölkerung mit einem Einkommen durch den Monat kommen, das mehr als 40 Prozent unter dem in Deutschland üblichen mittleren Einkommen liegt.

Gleichzeitig steigerte sich das Bruttoinlandsprodukt, also das Maß für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft, in Deutschland im gleichen Zeitraum um fast eine Billionen Euro⁴. Aber auch die Privatvermögen nahmen allein zwischen 2017 und 2021 durchschnittlich um 83.600 Euro auf 316.500 Euro zu⁵[5]. Eine Folge dessen sind unter anderem sprudelnde Steuereinnahmen, die zwischen 2009 und 2022 um 371,7 Milliarden Euro stiegen⁶.

Es ist also ausreichend Geld im Umlauf, das jedoch weder richtig verteilt noch richtig eingesetzt wird, um Armut effektiv zu bekämpfen, die soziale Infrastruktur zu erhalten und folglich die Demokratie zu erhalten.

Immer mehr Menschen leben bzw. wachsen in Armut auf. Und dass obwohl der Bund seine Sozialausgaben von 2012 bis 2022 beispielsweise im Sozialministerium um fast 35 Prozent oder im Familienministerium um nahezu 57 Prozent steigerte. Die soziale Infrastruktur steht ebenfalls vor dem Kollaps, da sie trotz steigender Staatsausgaben nicht ausreichend refinanziert wird. Dabei macht den Trägern der

¹ Karl Marx, MEW 13, 492.

² Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72188/umfrage/entwicklung-der-armutsgefaehrungsquote-in-deutschland/> am 07.05.2024.

³ Vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/armut-inflation-100.html> am 07.05.2024

⁴ Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1251/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-seit-dem-jahr-1991/> am 07.05.2024.

⁵ Vgl.

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/764252/17db15daa53575e87540a3e0462413c1/mL/2023-04-monatsbericht-data.pdf> am 07.05.2024.

⁶ Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/75423/umfrage/steuereinnahmen-in-deutschland-seit-1999/> am 07.05.2024.

Wohlfahrtspflege nicht nur der Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit zu schaffen. Denn indem ihnen nicht die gleichen finanziellen Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um ihren Mitarbeitenden die gleichen Arbeitsbedingungen bieten zu können, wie gewinnorientierte Personalagenturen, müssen sie externe Pfleger*innen und Erzieher*innen für viel Geld einkaufen. Gleichzeitig stehen den Trägern der Wohlfahrtspflege nicht die Mittel zur Verfügung, um dringend erforderliche Investitionen in ihren Angeboten für die öffentliche Daseinsvorsorge tätigen zu können. Die Konsequenzen sind dramatisch: Für Eltern, für Kinder, für Behinderte, für Migrant*innen, für Schüler*innen, für Pflegebedürftige. All diese Menschen sind von der Mangelverwaltung, der Reduzierung von Öffnungszeiten und Schließung von Angeboten betroffen. Dieser Prozess wird den Arbeitskräftemangel weiter verschärfen. Wer Kinder und Angehörige betreut oder pflegt, steht dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung.

Das leise Sterben der sozialen Infrastruktur hat bereits begonnen und weder Bund noch Land sind gewillt, dieser dramatischen Entwicklung für das Gemeinwohl entgegenzutreten. Bewusst wird in Kauf genommen, dass die steigende Zahl älterer Menschen nicht mehr in adäquaten Einrichtungen stationär und ambulant gepflegt werden kann und damit pflegende Angehörige als Reservearmee immer stärker in Anspruch genommen werden. Kinder in Kitas und im Offenen Ganztage werden mangels Ressourcen oftmals nur noch verwahrt und Angebote werden drastisch reduziert. Somit kann von Bildungsgerechtigkeit nicht mehr die Rede sein. Inklusion für Behinderte bleibt eine Theorie und Geflüchteten wird mangels Sprach- und Integrationskursen der Zugang zu unserer Gesellschaft und unserem Arbeitsmarkt dauerhaft verwehrt.

Sowohl die Bundes- als auch die Landesregierung sind nicht gewillt, die soziale Infrastruktur durch ausreichende Finanzierung zu stärken.

Anstatt Geld in die Hand zu nehmen, um beispielsweise die Angebote in Kitas, Schulen und Seniorenzentren langfristig zu sichern und qualitativ hochwertig zu ermöglichen, wird bei den jeweiligen Haushaltsplanungen lediglich daran gedacht, wo in der Sozialen Arbeit Einsparpotenziale gefunden werden können, die dann nach Protesten aus der Freien Wohlfahrtspflege quasi als Gnadenakt zum Teil wieder zurückgenommen werden. An anderer Stelle werden gesetzlich vorgesehene Mittelerrhöhungen als Entgegenkommen verkauft, um die gestiegenen Kosten in der frühkindlichen Bildung zu kompensieren. Im Offenen Ganztage entzieht sich das Land NRW komplett seiner Verantwortung, indem es auf ein Qualitätsgesetz verzichtet und damit keine angemessenen finanziellen Leistungen für die Ausgestaltung des Offenen Ganztages erbringen muss. Das Land begrüßt den Tarifabschluss der Länder, da er „einerseits den gestiegenen Belastungen der Angehörigen des öffentlichen Dienstes Rechnung und [...] andererseits Anerkennung für ihre wertvolle Arbeit zum

Ausdruck [bringt]⁷ und ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst gerade in diesen herausfordernden Zeiten das Rückgrat für Staat und Gesellschaft sei. Allerdings gilt das offenkundig nicht für Mitarbeitende, die bei Trägern der Wohlfahrtsverbände einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge leisten. Denn bis heute werden die Tarifabschlüsse in der Freien Wohlfahrtspflege bei der Refinanzierung durch die Öffentliche Hand nur unzureichend berücksichtigt. Und dass, obwohl die Wohlfahrtspflege mit ihren sozialen Diensten und Einrichtungen ein sozialer Stabilitätsfaktor unserer Demokratie ist.

Darum fordert die Bezirkskonferenz der AWO am Niederrhein das Umsteuern: in der Steuerpolitik, in der Refinanzierung der Öffentlichen Daseinsvorsorge, in der Bekämpfung von Armut, in der Verteilung des Reichtums.

Konkret fordert die AWO am Niederrhein für die Bereitstellung einer auskömmlichen Finanzierung der sozialen Arbeit:

- die Wiedereinführung der abgeschafften Vermögenssteuer, um die öffentliche Daseinsvorsorge in den Ländern ausreichend finanzieren zu können;
- eine progressive Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, um die Vererbung oder Schenkung von hohem Privatmögen entsprechend der finanziellen Möglichkeiten an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen;
- die Aussetzung der Schuldenbremse in Bund und Land, um nicht die Zukunft nachwachsender Generationen durch eine mangels öffentlicher Investitionen kaputt gesparte soziale Infrastruktur zu zerstören;
- die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf das „Kohl-Niveau“ in Höhe von 53 Prozent, damit Gutverdienende einen adäquaten Beitrag für die das Gemeinwohl leisten;
- die Abschaffung des Ehegattensplittings, um der Altersarmut von Frauen durch Erwerbsarbeit vorzubeugen;
- die Umsetzung der vereinbarten Abschaffung der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge, um alle Einkommensarten gleich zu behandeln;
- die Einführung einer Bürgerversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen und von der alle gleichermaßen profitieren,
- die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, in die auch Abgeordnete, Selbstständige und Beamt*innen einzahlen und von der alle Bürger*innen profitieren, indem sie ein stabiles Altersruhegeld sicherstellt;
- die sofortige Einführung einer Kindergrundsicherung in Höhe von 766 Euro monatlich, um Kindern einen Ausweg aus der Armut zu ermöglichen;

⁷ Vgl. <https://www.finanzeverwaltung.nrw.de/uebersicht-rubrik-aktuelles-und-presse/pressemitteilungen/tarifverhandlungen-fuer-den-oeffentlichen> am 07.05.2024.

- die Verabschiedung eines Qualitätsgesetzes im Offenen Ganztag, um die schulische und kindliche Bildung in unserem Land ausreichend zu fördern und zu finanzieren.